

PRESSEMITTEILUNG

Dienstag, 30. Januar 2024



GRÜNE
FRAKTION
AUGSBURG

SPD Fraktion im
Augsburger
Stadtrat

GENERATION
AUX o.V.

Margarete
Heinrich
freie Stadträtin Augsburg

DIE PARTEI

ödp



FREIE WÄHLER

WSA
WIR SIND
AUGSBURG

In den Farben getrennt, in der Sache vereint!

Augsburger Stadtratsmitglieder rufen parteiübergreifend zur Teilnahme an der Demo am Samstag, 03. Februar 2024 auf

In einem parteiübergreifenden Schulterschluss rufen die Augsburger Stadtratsfraktionen CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die Fraktion Bürgerliche Mitte - Freie Wähler, FDP, Pro Augsburg, sowie die Stadtratsmitglieder von Generation Aux, Die Partei, ÖDP, Freie Wähler, WSA, und die parteilose Stadträtin Margarete Heinrich der Friedensstadt Augsburg zur Teilnahme an der vom Bündnis für Menschenwürde veranstalteten Demonstration "Augsburg gegen Rechts" am Samstag, 03. Februar 2024 auf:

„Nie wieder ist jetzt“ ist für uns nicht nur eine Phrase aus der Geschichte, sondern eine aktive Verpflichtung für unsere Gesellschaft. Mehr als 50% der Augsburgerinnen und Augsburger haben einen Migrationshintergrund. In den Schulen hört man ängstliche Stimmen von Schülerinnen und Schülern, die fragen, ob sie jetzt das Land verlassen müssen. Es geht hier um unsere Freunde, um Familie, um Nachbarinnen und Nachbarn, um unsere Kolleginnen und Kollegen - es geht um uns! Die Stärke unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie liegt in ihrer Vielfalt, und wir dürfen nicht zulassen, dass extremistische Ideologien diese bedrohen. Wir stehen auf für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und wehren uns gegen jegliche Menschenfeindlichkeit. Deshalb rufen wir gemeinsam alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich dieser Demonstration anzuschließen und ein starkes Signal für eine offene, inklusive Gesellschaft zu senden.“

Die Demonstration findet am 03. Februar 2024 um 14 Uhr auf dem Rathausplatz statt. Es wird eine breite Teilnahme von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten gewünscht, unabhängig von politischer Orientierung, um gemeinsam ein starkes Zeichen für Solidarität und Demokratie zu setzen.